

plante Treffen in Paris als auch den Besuch bei Harold Macmillan am 12. Dezember in London absagen. Bis mindestens zum Jahresende wurden dem Kanzler Auslandsreisen „trotz strikt verboten“ — seine Auftritte vor dem CDU-Kultur-Kongreß in Gelsenkirchen und beim Landtagswahlkampf im Saargebiet waren schon vorher abgesagt worden. Und wann er wieder durch seinen Hausgarten spazieren darf, wußten bis zum letzten Wochenende selbst die Ärzte noch nicht zu sagen.

Die Verordnung der Ärzte: strenger Hausarrest. Der nichtamtliche CDU-Kommentar: Das Wichtigste ist, wir kriegen ihn gesund über den Winter.

Nachdem über eine Woche lang auf Pressekonferenzen und mittels vertraulicher, aber zum Druck bestimmter Informationen die „festen Reise-Absichten“ des Kanzlers täglich unter das Bundesvolk getragen worden waren, mußte die kurzfristig erteilte Reise-Absage um so dramatischer wirken — eine Pressepolitik, die nur durch die Gesundheits-Neurose jener Regierungspolitiker erklärt werden kann, die mit Blick auf Willy Brandt gehofft hatten, daß die obligate Dezember-Krankheit des Kanzlers erstmals seit vielen Jahren tatsächlich nur ein Schnupfen sei.

Seit dem Bundestagswahlkampf im Jahre 1957 war Konrad Adenauer an den oberen Luftwegen so ernstlich erkrankt, daß er sein Amt nicht aufsuchen und politisch wichtige Verabredungen nicht einhalten konnte:

- ▷ im November/Dezember 1957,
- ▷ im Dezember 1958,
- ▷ im August 1959,
- ▷ Ende Dezember 1959 und
- ▷ im Februar 1960.

Bei diesen ein- bis zweimal pro Jahr auftretenden Erkrankungen, die von Amts wegen als „überdimensionaler Schnupfen“ oder „Grippe“ ausgegeben werden, handelt es sich um einen Katarrh, der oft von Fieber begleitet ist und jedesmal für den regierenden Patienten die Gefahr einer ausgedehnten Bronchitis heraufbeschwört. Die Ärzte fürchten dabei, daß die akute Bronchitis chronisch wird, was bei alten Menschen die Lunge erheblich gefährden kann.

Auf diese Gefahr ist schon im Frühjahr 1959 in einer ärztlichen Aufzeichnung hingewiesen worden, die Professor Martini damals anfertigte, und zwar auf Wunsch jener CDU-Führungskräfte, denen die dunklen Punkte im Gesundheitsbild des Kanzlers Argumentations-Hilfe bei ihrem Vorschlag einer Adenauer-Kandidatur für die Bundespräsidentschaft leisten sollten.

Abgesehen aber von der besonderen Empfindlichkeit der Luftröhre und der Lunge Adenauers stand in der Aufzeichnung des Professors Martini, daß die an sich noch stabile Konstitution des Regierungschefs keine Dauerbelastungen mehr vertragen. Konferenzen, an denen der Kanzler teilnehme, sollten deshalb nicht länger als anderhalb bis zwei Stunden dauern. (Die Tagesordnungen der Kabinetts-Sitzungen werden denn auch tatsächlich meistens so arrangiert, daß die Angelegenheiten,

deren Behandlung die Konzentration des Regierungschefs erfordern, anfangs diskutiert werden.)

Für den Fall einer bequemerer Verwendung des Kanzlers — auf einem ruhigeren, dem Präsidenten-Posten — wurde in der Aufzeichnung festgestellt, daß Adenauer so mindestens noch ein Jahrzehnt bei angemessener Gesundheit werde amtieren können.

Anfang dieses Jahres konstatierten des Kanzlers Ärzte, der Staatsbesuch in Japan habe ihren Patienten mehr be-



Kanzler-Leibarzt Martini
Mandeln frei

anspricht, als dessen Alter es erlaube. Für seinen ersten Cadenabbia-Urlaub wurden ihm daher längere Spaziergänge, häufiges Boccia-Spiel, größere Ausflugsfahrten mit dem Auto und längerer Aufenthalt in der Sonne untersagt.

Vor allem die Einschränkung seiner Spaziergänge, die er bis dahin — notfalls auch bei Regenwetter — im Urlaub wie im Garten des Palais Schaumburg unternommen hatte, ärgerte den Kanzler. Die Vorschriften, die ihm fürs Essen und Trinken erteilt wurden, hielt er indessen ohne Murren ein — obschon sein Magen so gut wie alles verträgt.

Seine Erkrankung in diesem Winter wird der Überanstrengung zugeschrieben, die dem Kanzler die zweistündige Rede im überfüllten und verräucherten Bonner „Bürgerverein“ abverlangte, als er am Vorabend des SPD-Parteitages Atomfallen für die Sozialdemokraten aufstellte. Schweißnaß verließ der 84jährige das Rednerpult.

Mit dieser Rede hatte Adenauer den Wahlkampf eröffnet. Eine Woche später stand der Mann, an dem die CDU auch diesmal ihre Wahlkampf-Strategie orien-

tiert hat, unter ärztlich verordnetem Hausarrest.

Bundespressekopf Felix von Eckardt, vom Kanzler erst unlängst verspottet („Für welche Partei wollen Sie denn nun 1961 kandidieren?“), verschärfte den Rhöndorfer Hausarrest noch, als er die Erkrankung seines Chefs komplizierter darstellte, als sie war: „Eine Art von Grippe mit einer leichten Mandelentzündung.“

Des Kanzlers Familie und seine Gehilfen im Palais Schaumburg waren böse. Hausärztin Ella Bebbler-Buch widerrief ausdrücklich: „Die Mandeln sind nicht in Mitleidenschaft gezogen.“

DP-BHE-FUSION

Die Bayer-Partei

Neben Heinrich Hellweges Opel-Kapitän mit Hamburger Nummer parkte vor dem Godesberger Rheinhof Hotel Dreesen, der bundeshauptstädtischen Absteige des DP-Chefs, ein BMW aus dem Frankfurter Fuhrpark der Deutschen Bank. Die Geldherren waren gekommen, um Hellwege an Kredite zu erinnern, mit denen die Deutsche Bank der Deutschen Partei behilflich gewesen war.

Hellwege zog die Gläubiger in ein beschwichtigendes Gespräch über seine Pläne, mittels einer sogenannten Kampf-gemeinschaft mit anderen Parteien die „Willenseinheit der deutschen Nation“ zu reparieren und so noch einmal in den Bundestag zu kommen.

Mit welchen anderen Parteien er das nationale Einheits-Wunder vollbringen wollte, verschwieg der Niedersachse — Grund: Zu dieser Stunde wußte er es noch nicht.

Heinrich Hellwege war nämlich nicht nur wegen des heiklen Finanzgesprächs an den Rhein gekommen. Als er am vergangenen Montagmorgen den heimatischen Weiler Neuenkirchen an der Niedereibe in Richtung Bundeshauptstadt verließ, glaubte er noch, seine politische Zukunft in einem Gespräch sichern zu können, zu dem er sich für den Abend jenes Tages mit dem FDP-Chef Mende in der Wohnung eines Bonner Rundfunk-Journalisten verabredet hatte. Hellweges Vorbedingung: strikte Geheimhaltung.

Doch mit der Geheimhaltung klappte es nicht. Freidemokrat Mende hatte nichts dabei gefunden, von dem beabsichtigten Rendezvous seinen hannoverschen Parteifreund Carlo Graaff in Kenntnis zu setzen, der nicht zögerte, die Neuigkeit auszuposaunen: „Selbstverständlich trifft es zu, daß zwischen Hellwege und Mende ein Gespräch verabredet ist.“

Hellwege: „Kein Wort wahr, ich habe keine Ahnung.“

Graaff: „Selbstverständlich stimmt es.“

Der ewig ängstliche DP-Führer nahm Graaffs Enthüllungen noch hin. Aber ein innerbetriebliches Ereignis hielt ihn alsdann doch davon ab, der Verabredung mit Mende zu folgen. Wie Mende den Graaff, so hatte Graaff den hannoverschen DP-Führer Langeheine informiert: „Sind Sie bei Mende denn nicht dabei?“

Hellwege war schon von Neuenkirchen nach Bonn unterwegs, als Lange-

heine den Bonner DP-Gruppenführer Herbert Schneider alarmierte: „Der Dicke“ sei wieder einmal „auf Extratour“. Schneider fing seinen Chef ab und bewahrte so die Deutsche Partei vor Vereinbarungen mit der FDP. Meldete die Deutsche Presse-Agentur: „Hellwege ging Mende aus dem Wege.“

FDP-Mende hatte von DP-Hellwege wissen wollen, wie die Berichte über eine angestrebte Fusion von Deutscher Partei und BHE angesichts des Umstandes zu werten seien, daß der DP-Landesverband Niedersachsen — praktisch also die Gesamt-DP — seit Monaten bereits mit der FDP über ein Zusammengehen verhandele.

Nachdem Hellwege ausgeblieben war, kablete Mende an die FDP-Landesverbände, sie sollten nunmehr „alle Möglichkeiten des Kontaktes ... ausnutzen, um die DP-Kreise auf die Gefahr des Verzweigungsaktes ihrer Führung hinzuweisen“. Denn: „Mir ist durch persönliche Gespräche mit den Direktoriats-Mitgliedern der DP bekannt, daß DP-Kreise auf eine solche Aktion unserer Partei warten.“

Tatsächlich hatte es die stammesstolzen DP-Welfen in Niedersachsen zunächst verwirrt, daß ihr plattdeutscher Heinrich sie zwecks „Vereinigung aller vaterländischen politischen Kräfte konservativer Haltung wie christlicher und sozialer Gesinnung“ ausgerechnet mit den LAG-berechtigten Neubürgern des BHE zusammenwürfeln wollte, denen die Schlacht von Langensalza nicht einmal vom Hörensagen und die Lüneburger Heide allenfalls aus dem Volkslied bekannt ist.

Die Hemmungen der Heimatvertriebenen und Entrechteten hingegen, die den grämlichen Empfang auf den niedersächsischen Höfen nach Kriegsende noch nicht bewältigt haben, versuchte der BHE-Vorsitzende Seiboth mit dem Trost auszuweichen, in den deutschen Ostgebieten habe es schon immer eine Menge Konservativer gegeben, so daß eine „Fülle gemeinsamer politischer Ansichten“ vorhanden sei.



Seiboth

Gemeinsam ist den beiden Kleinparteien immerhin, daß sie — bar aller Hoffnung auf ein neues Wahlgesetz — Rettung nur noch in einem Schutz-und-Trutz-Bund finden, der liquidiert werden kann, sobald nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr die Stimmen ausgezählt worden sind. Fragte die hannoversche Journalistin Barbara Grönweg: „Sehe ich da richtig, daß nach einer Fusion die beiden Parteien doch gestorben sind?“

DP-Schneider aus Bremerhaven mit dem kargen Witz der Wesermarsch: „Wenn zwei heiraten, dann sterben sie doch nicht.“

Die Hoffnung beider Partner, daß ihr „widernatürliches Zweckbündnis“ (FDP-Mende) ihnen zum Segen gereichen werde, basiert auf der schlichten Addition der Zweitstimmen, die DP und BHE bei der letzten Bundestagswahl in Niedersachsen erhalten haben. In



Konservativer Haberland
Eine Partei, zwei Fraktionen

fünf Wahlkreisen hätten damals die vereinigten DP-BHE-Stimmen für Direktmandate ausgereicht; nur drei Direktmandate aber (oder fünf Prozent der Stimmen) sind laut Wahlgesetz vonnöten, um eine Partei in den Bundestag zu bringen.

Das ärgste Hindernis für die Kernfusion der beiden läßt sich allerdings durch kein Rechenkunststück aus der Welt schaffen. In Niedersachsen, dem für das neue Parteigebilde wichtigsten Land, thront der BHE in den Regierungssesseln, derweil die Deutschpartei auf den Bänken der Opposition hocken.

Auf Fragen, in welcher Weise die DP-Entrechteten es anstellen wollen, eine niedersächsische Gesetzesvorlage etwa zu gleicher Zeit anzunehmen und abzulehnen, halten die Fusionäre pfiffige Antworten bereit.



Hannoversche Presse

Letzte Rettung bei Wahl-Hochwasser

BHE-Seiboth: „Es ist nirgends verboten, daß Fraktionen aus einer Partei sich gliedern in zwei Gruppierungen.“

DP-Langeheine: „Im Landtag bestehen zwei Fraktionen, die gewählt sind. Das ist eine Realität. Und das ist alles.“

Die Hoffnung auf ein üppiges Gedeihen dieses Zwei-Parteien-Wechselbals gründet sich freilich weniger auf Selbstvertrauen als auf die konservativen Industriellen, deren Mitgefühl den Parteiobereen künftig peinliche Kreditverhöre ersparen soll.

Besonderes Vertrauen schenken die Neuparteiler — nicht zu Unrecht nach Meinung der Bonner Freidemokraten — einem Mann, der schon ob seiner Position den Banken geldwürdiger erscheinen muß als schlichte Grabenkämpfer aus der Drecklinie des parteipolitischen Nahkampfes: dem Professor Dr. phil. Dr. rer. nat. Ulrich Haberland, Generaldirektor der Farnefabriken Bayer AG in Leverkusen mit 2,8 Milliarden Mark Umsatz und 58 000 Chemie-Werkern.

Als Studiker in Halle hatte Haberland einst die Mikrobestimmung kristalliner Substanzen — so das Thema seiner Doktorarbeit — betrieben; heute beschäftigt er sich gern mit der Synthese politischer Partikelchen, weil „in unserem Land noch viele Kräfte brachliegen“.

Schon vor zwei Jahren dachte Haberland daran, eine eigene Partei zu gründen, die seinen Vorstellungen von einer „national-konservativen Politik“ gerecht werden sollte. Doch der Plan des Bayer-Chefs, diese neue Partei aus einer Verbindung von Elementen der DP, FDP und FVP herauszukristallisieren, schlug damals fehl. Haberland: „Mit Politikern kann man nicht so gut verhandeln.“

Nun soll das Parteiprogramm des DP-BHE-Zwitters genau nach dem Maß der „national-konservativen“ Vorstellungen des Bayer-Professors geschneidert werden. Haberland selber beteuert, „noch keinerlei Kontakte“ hergestellt zu haben. Aber die FDP kolportiert schon einen Namen für die „national-konservative“ DP-BHE-Fusion: Bayer-Partei.

PARTEIFINANZEN

Ohne Garantie

So intensiv, wie die Richter im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts zu Karlsruhe die Deutschland-Fernseh-Tricks des Kanzlers Adenauer untersuchten und dabei die Prozeß-Delegation der Bundesregierung in Verlegenheit brachten (SPIEGEL 50/1960), wollen sie gleich nach dem Jahreswechsel einen ähnlich publikumswirksamen Stoff erforschen: die Steuergelder, die sich die im Bundestag vertretenen Parteien in den Haushaltsplänen des Bundes für ihre eigenen Zwecke bewilligen.

Im Fernsehstreit hatte sich die Bundesregierung vor dem Zweiten Senat gegen Attacken der sozialdemokratisch regierten Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen zu verteidigen.

Im Streit um Steuergelder für Parteizwecke müssen sich nun der Deutsche